



**RESIST**

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

# Projekt RESIST

**Den vollständigen Bericht in französischer Sprache wie auch alle anderen Fallstudien finden Sie auf unserer Website:**

**<https://theresistproject.eu/what-we-have-found/>**

## Zusammenfassung

Die Schweiz hat neulich Gesetzesänderungen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter vorgenommen, die weitgehend auf soziale Bewegungen zurückzuführen sind, die sich für diese Reformen einsetzen. Die Ausweitung der Gesetze gegen Hassrede auf die sexuelle Orientierung und die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe sind einige der Beispiele, die einen Fortschritt darstellen. Beide Gesetze wurden mit Volksabstimmungen angegriffen, wurden aber von einer breiten Mehrheit der Wähler unterstützt. Andere Themen werden nach wie vor heftig diskutiert, sowohl im Parlament als auch in den Medien, und stossen auf erheblichen Widerstand (z. B. die Einführung eines dritten Geschlechts in Personenstandsregistern). Trotz der deutlichen Unterstützung für die Gesetzesänderungen in den Volksabstimmungen zeigt sich in der Schweiz eine starke „Anti-Gender“-Mobilisierung, wobei die rechtskonservative Partei SVP eine Kampagne gegen den von ihr so genannten „Gender-Terror“ führt und rechtsgerichtete Medien Feindseligkeiten schüren, indem sie die so genannte „Gender-Ideologie“ mit einer Bedrohung der Freiheit, der moralischen Werte und von Minderjährigen in Verbindung bringen. Rechtsextreme Gruppen, welche die „Gender-Ideologie“ bekämpfen, haben zum Beispiel Veranstaltungen wie die Drag Story Time gestört. Berichte deuten auf einen Anstieg von Hassverbrechen gegen die LGBTIQ+-Gemeinschaft hin, wobei Transgender-Personen von verbaler Belästigung, körperlichen Angriffen und Angriffen über soziale Medien besonders betroffen sind.

Die Teilnehmenden der Fallstudie zur Schweiz schilderten verschiedene Arten, wie sie die „Anti-Gender“-Politik in ihrem Alltag erleben. Sie berichteten von einer erhöhten Angst vor physischer Gewalt und erhöhten Vorsichtsmassnahmen bei öffentlichen Veranstaltungen. Die Auswirkungen der „Anti-Gender“-Politik wurden auch im Hinblick auf den Online-Hass erörtert, der Berichten zufolge weit verbreitet ist, wobei die Teilnehmenden regelmässig Hass-E-Mails und Drohungen erhalten. Die ständigen Anfeindungen im Internet zwingen viele dazu, ihre persönliche und berufliche Online-Präsenz zu unterbrechen. Die Angst, dass Online-Gewalt in physische Angriffe umschlagen könnte, ist gross.

Aktivist\*innen und Fachleute, die sich mit Geschlechterfragen befassen, berichteten, dass sie sich angesichts der zunehmenden Feindseligkeit unter Druck gesetzt fühlen, was zu Selbstzensur und sorgfältiger Vorbereitung auf öffentliche Auftritte führt. Negative Medienberichterstattung und die Zunahme von „Anti-Woke“-Diskursen und Verschwörungstheorien untergraben die Bemühungen der Befürworter, indem sie dem Menschenrechtsaktivismus eine negative

Konnotation verleihen, was zu emotionaler Belastung und Burnout bei den Befürwortern der Gleichstellung beiträgt. Zu den wirksamen Widerstandsstrategien gegen die „Anti-Gender“-Rhetorik gehören die Förderung politischer Allianzen, die Stärkung von Solidarität und Freundschaften, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Aufklärung und Dialog, die Suche nach unterstützenden kulturellen Kontexten und die Priorisierung von Selbstfürsorge und sicheren Räumen, um die psychische Gesundheit zu bewahren und die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Bemühungen sicherzustellen.

**Schlüsselwörter:** Schweiz; Anti-Gender-Politik; Angst; Solidarität; Unterstützung

## EXECUTIVE SUMMARY ENDS



**Funded by  
the European Union**

Gefördert von der Europäischen Union unter der Projekt-ID 101060749.

EU Horizon Europe (EU-Partner); Horizon Europe Guarantee Scheme der britischen Regierung (britischer Partner); Schweizer Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (Schweizer Partner).

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschliesslich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der britischen und schweizerischen Förderbehörden wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörden können für sie verantwortlich gemacht werden.